

«Diesen Menschen muss geholfen werden»

SCHÖTZ An der Herbsttagung der CVP 60+ zeigte der Ex-Botschafter Josef Bucher anhand von Libyen die Situation in arabischen Ländern auf. Regierungsrat Guido Graf nahm Stellung zum Asylwesen im Kanton.

Robert Zemp, Präsident CVP 60+ im Wahlkreis Willisau, konnte gegen 200 Personen zur Herbsttagung begrüßen. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen erklärte der Luzerner Josef Bucher, ehemaliger Botschafter in Libyen, dass im arabischen Raum auf den Sturz eines Diktators nicht zwangsläufig eine Demokratie folgt. Es gebe immer Leute, welche an die Stelle des gestürzten Diktators treten möchten. So auch in Libyen nach Gaddafi, weil hier bisher niemand einen Staat mit einem national denkenden Volk aufgebaut habe. Jahrhundertlang fremdbestimmt durch Osmanen, Briten und 1911–1945 von Italien, sei Libyen nach dem Zweiten Weltkrieg völlig unvorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen worden.

Das Seilziehen geht weiter

Der schwache König wurde schliesslich von Gaddafi gestürzt. Es folgten 40 Jahre Gewaltherrschaft, die schliess-



Regierungsrat Guido Graf (links) und der ehemalige Botschafter Josef Bucher referierten an der Herbsttagung der CVP 60+. Fotos Josef Kottmann

lich 2011 als Folge des Arabischen Frühlings gestürzt wurde. «Seither gibt es ein Seilziehen um die Macht zwischen dem ölfreudigen Osten, mit Zentrum Bengasi, dem Sitz der offiziellen Regierung in Tripolis und ausländischen Einflüssen», hielt der Libyenkenner fest. Ein weiteres Problem seien die bewaffneten Milizen, welche ihre Waffen und damit eine Teilmacht nicht an den Zentralstaat abtreten wollen. «So wird das bürgerkriegsähnliche Seilziehen wohl noch weitergehen, weil in diesem aus zersplitterten Regionen bestehenden Land



klare politische Strukturen fehlen und ein Zentralstaat in der Bevölkerung auf wenig Verständnis stösst», schloss Josef Bucher.

Kriege bringen Flüchtlinge

Zum Einstieg zeigte Regierungsrat Guido Graf auf, dass Kriege etwa mit einer Verzögerung von sechs bis acht Wochen wachsende Flüchtlingsströme in die Schweiz bringen. «Kriegsflüchtlinge, oft dem sicheren Tod entronnen, manchmal verletzt, selten Wirtschaftsflüchtlinge – diesen Menschen muss aus hu-

manitären Gründen geholfen werden», gab Guido Graf zu verstehen. Im Moment kämen sie aus Bürgerkriegsländern wie Syrien, Irak und viele aus Eritrea. Dorthin könnten keine Flüchtlinge zurückgeschafft werden, sodass rund 70 Prozent längerfristig bleiben. In der Folge werden nur noch wenige Asylplätze frei, es brauche neue Plätze, was bekanntlich auch im Kanton Luzern nicht einfach sei. «Aufgrund der Bevölkerung muss der Kanton Luzern 4,9 Prozent der Flüchtlinge in der Schweiz übernehmen», so Guido Graf.

Lob an die Gemeinden

Im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern lobte Regierungsrat Guido Graf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Gut angelaufen seien Beschäftigungsprogramme. Auch die Schaffung von Asylzentren des Bundes sei auf gutem Weg. Und falls 2015 im Kanton Luzern ein Zentrum mit 350 Plätzen geschaffen werden könnte, wäre er sehr glücklich.

Im Anschluss rief Regierungsrat Guido Graf dazu auf, der Änderung des Universitätsgesetzes und damit der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Luzern am 30. November zuzustimmen. Das würde den Kanton wirtschaftlich weiterbringen und den Familien weniger Kosten für die Ausbildung von Jugendlichen abverlangen.